

Bern, den 27. Januar 1978

776.203 - B/rs

Besuch Haferkamp: Aussprache im EVD  
vom 26.1.77, 15.00-16.00

---

- Anwesend:
- Bundesrat Brugger, Direktor Jolles, Botschafter Caillat und Sommaruga, Minister Blankart
  - Vizepräsident Haferkamp, Kabinettschef Froschmaier, Pressechef André, Herr Slingerland (GD I)

Bundesrat Brugger eröffnet die Sitzung mit einer EG-bezogenen Rückschau auf seine acht in der Regierung verbrachten Jahre (von der Haager Gipfelkonferenz bis zum 1.7.77), dies mit Schwergewicht auf den FH-Beziehungen.

Vizepräsident Haferkamp stellt fest, dass noch vor acht Jahren nur wenige an die Möglichkeit glaubten, dass der westeuropäische Freihandel realisabel sei. Doch habe sich das Vertrauen in eine konstruktive Zukunft gelohnt. Wohl gibt es kritische Probleme (Stahl, Textilien); dass man diese aber in partnerschaftlichem Verhältnis offen diskutieren und zusammen angehen kann, ist eine wertvolle Errungenschaft. Wie lassen sich die Mechanismen unserer Zusammenarbeit, bilateral und multilateral, noch vertiefen? Dies zu besprechen ist der Zweck des Besuches in Bern.

Bundesrat Brugger: Der institutionelle Rahmen hat sich bewährt; er soll nicht revidiert werden. Hingegen sind die gegenseitigen Konsultationen noch auszubauen. Wie werden die Schwierigkeiten in Bezug auf die Erhaltung des Erreichten beurteilt?

Vizepräsident Haferkamp: In der Tatsache, dass EG überhaupt existiert und die Rezession durchgehalten hat, liegt der Grund, dass wir nicht in die Lage der Dreissiger Jahre zurückgefallen sind. Ohne die EG hätte z.B. das italienische Importdepot Schule gemacht. Die anti-protektionistische EG-interne Haltung wirkt sich ihrerseits auch auf die Aussenbeziehungen aus. Der 1.7.77 ist hierfür der Beweis und zugleich die Voraussetzung dafür, dass die Tokio-Runde eingeleitet werden konnte. Trotz gegenläufiger Tendenzen ist der Protektionismus bis jetzt nicht zum Tragen gekommen. Es wäre tragisch, wenn wir nach vier Jahren durchgestandener Rezession nun doch noch Abstriche an unserer liberalen Grundhaltung machen würden. Umgekehrt muss man auch realistisch sein. Hätte die Gemeinschaft nicht gewisse nationale Begehren in moderierter Weise zu ihren eigenen gemacht, wäre z.B. Frankreich im Textilsektor ausgebrochen. So aber haben wir die schädlichen Tendenzen durch das gemeinschaftliche Prozedere unter Kontrolle gebracht. So wäre z.B. ohne die Gemeinschaft die Weiterführung des Multifiber-Abkommens kaum zustande gekommen.

Direktor Jolles bemerkt hierzu, dass die zwischen der Gemeinschaft und gewissen Niedrigpreisländern geschlossenen "orderly-marketing"-Arrangements den Importdruck auf Nachbarländer vergrössert, sofern diese wie die Schweiz im Interesse der Aufrechterhaltung einer liberalen Welthandelsordnung keine solchen Abkommen getroffen haben. Man hat sich der indirekten Auswirkungen der gegenüber Drittstaaten verfolgten Handelspolitik bewusst zu sein.

Vizepräsident Haferkamp gibt zu, dass Handelsströme nicht administrativ geregelt werden sollten. Ohne die genannten Arrangements wäre das Multifiber-Abkommen indessen nicht erneuert worden. Alsdann wären nationale Schutzmassnahmen nicht ausgeschlossen gewesen, wobei, wie Direktor Jolles repliziert, im Verhältnis EWG/CH das FHA wirksam gewesen wäre.

Bundesrat Brugger: Das Abweichen der EWG von den Regeln des FH hat bei gewissen Exponenten unserer Verbände trotz ihrer liberalen Grundhaltung Versuchungen ausgelöst. Sobald sich die EWG protektionistische Massnahmen erlaubt, erfährt das handelspolitische Credo unserer Wirtschaft einen Substanzverlust. Die Parallelität unseres Schicksals und unserer Interessen ist viel stärker als es zunächst erscheinen mag.

Vizepräsident Haferkamp: Dennoch gibt es gewisse "Zwänge". Frankreich steht vor den Wahlen; der Norden produziert schergewichtsmässig Textilien und Stahl. Wenn Marchais in die Regierung eintritt, so hat dies auch Folgen auf die Schweiz. Vernünftigerweise muss zugegeben werden, dass in solcher Lage vieles nicht mehr möglich ist. Was jedoch vermieden werden muss, ist das unvorbereitete Ergreifen einseitiger Massnahmen, da dies sogleich Gegenmassnahmen auslöst. Vielmehr muss man in zweiseitigen Konsultationen das Notwendige abgestimmt an die Hand nehmen (!).

Was Japan betrifft, so bereitet uns das Handelsbilanzdefizit Sorgen. Dennoch, Fukuda hat die Optionen der Downing Street-Konferenz ernstgenommen: Verpflichtung zur Ankurbelung der Weltwirtschaft, Beschleunigung der Tokio-Runde. Er sieht ein, dass die Abschirmung des japanischen Marktes protektionistische Massnahmen in Europa und in den USA hervorruft. Gewisse Konsequenzen sind auf tarifarischem und nicht-tarifarischem Gebiet sowie in makroökonomischer Hinsicht (7 % Wachstum durch interne Nachfrageankurbelung) gezogen worden. Allein, ist unsere Industrie in der Lage, in den japanischen Markt einzudringen? Letzteres bedarf einer besonderen Anstrengung und Anpassungsfähigkeit (mitunter Sprachproblem).

Direktor Jolles: Unsere Handelsbilanz mit Japan ist ausgeglichen, weil sich die schweizerische Wirtschaft seit jeher um die Eigenart des japanischen Marktes bemüht hat. Wir exportieren sogar Uhren. Wir sahen uns deshalb nie veranlasst, die Japaner zu Selbstbeschränkungsmassnahmen anzuhalten. Doch haben wir den Zugang zum schweizerischen Markt stets an das Erfordernis des Gegenrechts geknüpft.

Vizepräsident Haferkamp: Jedenfalls bleibt die japanische Konkurrenz auf Drittmärkten. Hier können Selbstbeschränkungsmaßnahmen nichts nützen. Unsere Aufgabe ist, uns für den Wettbewerb auf den Weltmärkten zu trainieren. Es gilt somit, die europäische Konkurrenzfähigkeit zu erhalten. Allein, wir verlieren in Europa mehr und mehr die Courage; deshalb suchen wir uns zu schützen. Wir sind unternehmensmüde geworden und laufen Gefahr, unsere eigene Moral zu verlieren (Stahl). In diesem Sinne ist die Tokio-Runde eine Flucht nach vorn.

Bundesrat Brugger kommt auf die Erweiterung der Gemeinschaft zu sprechen. Wir verfolgen diese Entwicklung mit Anteilnahme und Sympathie, da sie für die betroffenen Länder u.U. entscheidend sein wird. Wie können die Schwierigkeiten gelöst werden, die sich aus der Disparität der beteiligten Volkswirtschaften ergeben?

Vizepräsident Haferkamp (ähnliche Antwort wie in der Sitzung bei Bundesrat Graber; ferner:) Die Erweiterung wird die Gemeinschaft unumgänglich zwingen, ihre Landwirtschaftspolitik völlig neu zu definieren. Diese beruht heute auf garantierten einheitlichen Preisen sowie auf einer garantierten Abnahme gewisser Produkte, was zu hohen Ueberschüssen, z.B. im Milch- und Rindfleischsektor, geführt hat. Würde dasselbe System auf die Landwirtschaftserzeugnisse der Mittelmeerstaaten angewandt, so wäre dies ein "gigantischer volkswirtschaftlicher Unfug", der nicht bezahlt werden könnte. Da es aber nicht möglich ist, nur die Landwirtschaft des Nordens zu subventionieren, muss das System geändert werden, und zwar in der ganzen Gemeinschaft und für die gesamte Landwirtschaft. An Stelle der Preis- und Abnahmegarantie muss die Strukturpolitik treten. Dies ist - nebst den institutionellen Mechanismen - das Hauptproblem; von seiner Lösung hängt der Fortbestand der Gemeinschaft ab. Alles andere ist machbar.

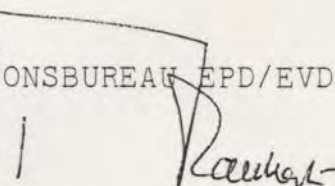
Griechenland drängt auf Beitritt. Dieser wird früher stattfinden als derjenige Portugals und Spaniens.

Bundesrat Brugger und Direktor Jolles weisen auf unsere laufenden Verhandlungen mit Spanien hin und unterstreichen das allseitige Interesse, auch mit Griechenland ein entsprechendes Abkommen zu schliessen.

Vizepräsident Haferkamp: Griechenland ist derart auf die Beitritts-  
idee eingeschworen, dass es alles vermeidet, was den Eindruck eines  
Vorprovisoriums erwecken könnte. Es will aus innenpolitischen  
Gründen keine Zeit verlieren. Vielleicht fehlen auch die techni-  
schen Möglichkeiten für die Durchführung einer Parallelverhandlung.  
Haferkamp erklärt sich bereit, gegenüber Athen unseren Wunsch zu  
unterstützen, dies auf privater und vertraulicher Basis. Er wird  
uns das Ergebnis wissen lassen.

Wichtig ist, dass die drei Länder nicht zwischen ihrer Demokrati-  
sierung und ihren wirtschaftlichen Schwierigkeiten eine Kausalität  
konstruieren ("Die dumme Demokratie schafft uns nur Komplikatio-  
nen..."). Wir müssen ihnen somit zeigen, dass die Demokratisierung  
die Solidarität der anderen Demokratien zur Folge hat.

INTEGRATIONSBUREAU EPD/EVD



(Franz Blankart)